

Inhalt

Das Internet verbindet Menschen und Maschinen in der ganzen Welt. Seit der Industrialisierung haben sich Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr so grundlegend verändert. Die Internetwirtschaft ist damit Schlüsselbranche und Wachstumsmotor unserer Zeit. Wir erleben einen Strukturwandel, der große Chancen bietet. Mehr als je zuvor gilt: Die Zukunft ist digital. Um die Chancen und Potenziale, die der digitale Wandel für Gesell-

schaft und Wirtschaft bietet, zum Wohle der Allgemeinheit und des öffentlichen Interesses zu erschließen, bedarf es einer modernen Internetpolitik. Mit seiner Internetpolitischen Agenda möchte der eco Verband seine Vorstellungen von der Digitalisierung aufzeigen und hat hierzu die wichtigsten Forderungen der Internetwirtschaft zusammengestellt.

Ein Rahmen für Digitalpolitik in Deutschland und in Europa	2
Grundlagen für Infrastrukturen und Innovation	4
Vertrauen und Sicherheit im Netz	6
Leitlinien für ein vertrauenswürdiges, funktionierendes Internet	8
Nachhaltige Internetwirtschaft im offenen Wettbewerb	10
Die Bedeutung von Daten für Gesellschaft und Wirtschaft	12
Eine digitale Gesellschaft: vernetzt, demokratisch und souverän	14

Ein Rahmen für Digitalpolitik in Deutschland und in Europa

Eine zukunftsgerichtete Internet- und Digitalpolitik ist interdisziplinär und nicht an klassische Ressortgrenzen gebunden. Sie entwickelt sich aus der Interaktion und dem Wechselspiel verschiedener Akteure und Interessen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – national, europäisch und global.

○ Deutschland braucht ein Digitalministerium

Zentrale Fragestellungen zum Umgang mit Daten, Diensten und Netzen benötigen eine klare, effiziente und stringente Regulierung. Es ist offensichtlich, dass es eines Paradigmenwechsels bedarf. Hierzu ist eine Neuorganisation auf Regierungsebene nötig. Die Auswirkungen und Anforderungen der strategisch relevanten Themen der Digitalisierung müssen innerhalb der Bundesregierung gebündelt und federführend durch ein Ministerium behandelt werden. Die Arbeit eines solchen Digitalministeriums muss konsequenterweise auch institutionell durch einen federführenden Bundestagsausschuss gespiegelt werden.

○ Wir brauchen eine strukturierte und ambitionierte Digitalstrategie für Deutschland

Um die Digitalisierung in Deutschland voranzutreiben und eine angemessene öffentliche Debatte zu führen, bedarf es eindeutiger Akzente und Schwerpunkte mit messbaren Zielvorgaben. Diese sollten in einer ambitionierten digitalen Strategie festgelegt werden, in der Umsetzung, Zuständigkeiten und Implementierung klar vorgegeben sind. Hiervon wird die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland wesentlich abhängen.

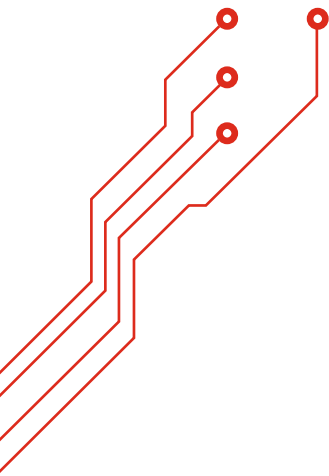
○ Netzpolitik muss europäisch gedacht werden

Digitale Dienste und Daten dürfen innerhalb der EU keine Grenzen kennen. Das Internet kann nur funktionieren, wenn es gemeinschaftlich nach den Multistakeholder-Prinzipien verwaltet und nicht von einzelnen Akteuren oder Regierungen dominiert wird. Die Bundesregierung hat sich im Zuge der IANA Stewardship Transition ausdrücklich zu diesem Prinzip bekannt. Die Bundesregierung und die beteiligten Ministerien sollten ihr Engagement auf europäischer und

internationaler Ebene fortführen und intensivieren. ICANN, IETF, weitere Standardisierungsorganisationen und Gremien sowie Organisationen wie das Internet Governance Forum bieten den dafür nötigen institutionellen Rahmen.

○ Der europäische digitale Binnenmarkt muss die Zielsetzung sein und als zentraler Faktor aller politischen Maßnahmen betrachtet werden

Die Mitgliedsstaaten müssen europäischen Regelungen Priorität einräumen und dürfen keine nationalen Maßnahmen vorgehend treffen – insbesondere, wenn europäische Vorschläge bereits in Aussicht gestellt wurden. Nationale Legislativvorhaben wie das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz oder die verschiedenen Formen der Digitalsteuer zeigen die unterschiedlichen Herangehensweisen und Tendenzen auf Ebene der Nationalstaaten auf, die einem koordinierten und harmonisierten Ansatz auf europäischer Ebene zuwiderlaufen. Nur mit harmonisierten Rahmenbedingungen können sich europäische KMU und Start-ups etablieren, Unternehmen neue Märkte über die Binnengrenzen hinweg erschließen und im internationalen digitalen Wettbewerb bestehen.



Grundlagen für Infrastrukturen und Innovation

Digitale Infrastrukturen und Dienste müssen flächendeckend verfügbar und zugänglich sein. Innovation kann nur in einem Umfeld entstehen, das Grundlagen und Anreize für Entwicklung und Erprobung bietet und zugleich Akzeptanz für die Nutzung und die Implementierung digitaler Technologien schafft.

○ Technologie muss ubiquitär und zugänglich sein

Damit die Digitalisierung in Deutschland forciert vorangetrieben werden kann, muss die dafür nötige Technologie flächendeckend zugänglich und nutzbar sein. Ein offener Zugang zur Technologie über entsprechende Schnittstellen und gemeinsame Standards ist ein kritischer Erfolgsfaktor für die Digitalisierung in Deutschland und Europa. Projekte wie Gaia-X zeigen exemplarisch, wie kollaborative, offene Innovation entstehen und erfolgreich sein kann. Gerade für Zukunftstechnologien mit hoher Querschnittsbedeutung für Gesellschaft und Wirtschaft darf die technische Regulierung keine Zugangshürde darstellen. Für eine starke digitale Souveränität ist es zudem wichtig, eine ausgewogene Balance für Regulierung zu finden. Elementare digitale Zukunftstechnologien dürfen nicht strikter reguliert werden als vergleichbare analoge Dienste und Produkte.

○ Künstliche Intelligenz muss denselben Regeln unterworfen sein wie andere Produkte am Markt

Künstliche Intelligenz (KI) hat als Schlüsseltechnologie mittlerweile in der politischen Debatte eine herausgehobene Aufmerksamkeit und Bedeutung erfahren. Inzwischen besteht ein gut ausgearbeitetes Regulierungsumfeld. Nichtsdestotrotz werden neue Regeln für Künstliche Intelligenz diskutiert. Die weitere Ausgestaltung sollte vor allem im Hinblick auf ausgewählte Sektoren und Einsatzszenarien entwickelt werden. Auf eine pauschale Regulierung von KI, die zusätzlich zu bestehenden Regeln greift, sollte verzichtet werden. Dieser pragmatische und zielführende Ansatz sollte unter Berücksichtigung der bestehenden allgemeinen Regeln wie der DSGVO sowie durch Unterstützung von Normierung und Standardisierung weiterverfolgt und forciert werden.

○ Netzneutralität ist ein wichtiges Prinzip zum Erhalt des offenen Internets und für den Wettbewerb

Die Netzneutralität ist ein wesentlicher Eckpfeiler, mit dem sich das Internet zu einem digitalen Ökosystem entwickeln konnte. Dieses Prinzip muss auch in Zukunft gewährleistet und sichergestellt werden. Mit Verabschiedung der europäischen Telekom-Binnenmarkt-Verordnung hat Europa einen Meilenstein zum Erhalt des offenen und freien Internets (Netzneutralität) gesetzt. Es darf keine ungerechtfertigte Diskriminierung einzelner Dienste geben. Zugleich sollte Raum bleiben für die Entwicklung neuer und spezieller Angebote. Die Regulierung ist angehalten, die Interessen der Nutzer:innen sowie der Zugangs- und Inhabitanbieter in einen angemessenen Ausgleich zu bringen.

○ Die Gigabitgesellschaft muss in Deutschland bis 2025 Realität werden

Sowohl die Europäische Union als auch die Bundesregierung haben sich zum Ziel gesetzt, die Gigabitgesellschaft in den kommenden Jahren zu verwirklichen. Dazu wurden viele Projekte initiiert und Vorhaben angestoßen. Dabei darf es nicht bleiben. Der Gigabit-Ausbau ist das wichtigste Infrastrukturprojekt für Deutschland und muss noch entschiedener vorangetrieben werden. Die Gigabitgesellschaft muss in Deutschland bis zum Jahr 2025 Realität werden. Für das Erreichen einer technologie-neutralen Gigabitgesellschaft, welche als Motor

von Innovationen, der Digitalisierung und von Industrie 4.0 fungiert, bedarf es klar definierter Meilensteine und zielorientierter Schwerpunkte.

○ Netzbetreiber brauchen faire, wettbewerbs-, ausbau- und innovationsfördernde Rahmenbedingungen

Für die Gigabitgesellschaft sind universell verfügbare, leistungsfähige digitale Infrastrukturen unverzichtbar. Um diese zu realisieren, müssen die Unternehmen die benötigten Infrastrukturen auf- und ausbauen, finanzielle Mittel sowie erhebliche Anstrengungen aufwenden. Dem entsprechend benötigen diese Unternehmen Rechts- und Planungssicherheit. Die Umsetzung des europäischen Rechtsrahmens für Telekommunikation muss faire, wettbewerbs-, ausbau- und innovationsfördernde Rahmenbedingungen schaffen. Regelungen zu Ko-Investitionen und Kooperationen können den Breitbandausbau beschleunigen. Die staatlich finanzierte Förderung des Netzausbaus sollte weiterhin nur dort eingesetzt werden, wo ein eigenwirtschaftlicher Ausbau nicht wirtschaftlich abbildbar ist. Der weitere Auf- und Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur benötigt eine europaweit koordinierte Frequenzstrategie, inklusive der Zuweisung weiterer Frequenzen. Mit der Förderung neuer 5G/6G-Technologien (OpenRAN) kann ein herstellerunabhängiger und schnittstellenoffener Ansatz verfolgt werden, der auf das Ziel der digitalen Souveränität einzahlt.

Vertrauen und Sicherheit im Netz

Vertrauen und Sicherheit sind Grundvoraussetzung für den Erfolg der Digitalisierung. Das macht IT-Sicherheit zum Grundbaustein und zentralen Element der Debatte um die Vertrauenswürdigkeit der Digitalisierung.

○ Bei Ermittlungen und Strafverfolgung im Netz müssen Bürgerrechte gewahrt werden

Strafverfolgung im Netz stellt Polizei und Ermittlungsbehörden immer wieder vor Herausforderungen. Vor dem Hintergrund, besonders schwere Formen von Kriminalität wie Terrorismus oder Drogenhandel zu bekämpfen, wird dabei allerdings zunehmend in die Bürgerrechte eingegriffen.

Es muss sichergestellt und darauf hingewirkt werden, dass rechtsstaatliche Grundsätze weiterhin Bestand haben. Eine flächendeckende, anlasslose Vorratsdatenspeicherung stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in Grundrechte dar und bedeutet für die Internetwirtschaft enorme Kosten. Dies ist nicht akzeptabel. Angesichts der aktuellen Rechtsprechung des EuGH muss die Bundesregierung die deutschen Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung endgültig aufheben.

○ Die Sicherheit und Integrität von Netzen und Diensten muss systematisch gestärkt und ausgebaut werden

Das Vertrauen in digitale Dienste und Produkte und deren Integrität sind die zentralen Faktoren für eine erfolgreiche Digitalisierungs- und Internetpolitik. Damit Vertrauen in die Sicherheit persönlicher Daten und die Integrität digitaler Dienste sowie Netze Bestand haben kann, muss die Politik ihren Beitrag dazu leisten. Forderungen nach zentralen Zugängen zu Diensten und der Herausgabe von Passwörtern untergraben das Vertrauen in digitale Technologien, Staat und Verwaltung gleichermaßen. Die Sicherheit und Integrität von Diensten und Netzen muss in jedem Fall gewährleistet bleiben. Staatliche Maßnahmen dürfen nur dann ergriffen werden, wenn sie auf transparenten, nachvollziehbaren sowie verlässlichen Regeln basieren. Nur so kann der Staat gewährleisten, dass Vertrauen in die Sicherheit und Integrität digitaler Dienste erhalten bleibt.

○ Der Einsatz und die Verwendung von Verschlüsselungstechnologien müssen ausgebaut und gefördert werden

Für sichere Dienste und Produkte ist die starke Verschlüsselung ein zentraler Faktor. Der Einsatz von aktuellen, dem Stand der Technik entsprechenden Sicherheitstechnologien sowie deren konsequente Anwendung sollte durch die Politik aktiv gefördert und unterstützt werden. Es dürfen keine Maßnahmen und Initiativen ergriffen werden, welche die Verschlüsselung angreifen und strukturell schwächen. Die Herausgabe von Schlüsseln oder die Regulierung von Verschlüsselungsstandards müssen dringend vermieden werden – ebenso wie Maßnahmen, die Unternehmen dazu zwingen, Verschlüsselungsstandards zu senken oder die Verschlüsselung in ihren Diensten zu schwächen. Staatliche Interessen müssen sich der Integrität von Diensten und Netzen sowie den Bedürfnissen von Gesellschaft und Wirtschaft an sicherer und vertrauenswürdiger Kommunikation unterordnen.

○ Das IT-Sicherheitsniveau sollte unter Einbeziehung aller Beteiligten gleichermaßen Verantwortung und Fähigkeiten in Einklang bringen

Der Bereich der IT-Sicherheit und IT-Sicherheitstechnologien muss ausgebaut und gefördert werden. Neben der Entwicklung und konsequenten Nutzung von IT-Sicherheitstechnologien erfordert dies auch ein entsprechendes Bewusstsein in der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft. Sicherheitskonzepte (Security by Design und Security by Default) sollten bereits in die Entwicklung von Diensten und Produkten einbezogen werden, um ein hohes Maß an Sicherheit gewährleisten zu können. Die Verantwortung für die Sicherheit von Diensten und Produkten kann nur geteilt wahrgenommen werden. Es ist wichtig, dass die Politik gemeinsam im Dialog mit Anwendern und Anbietern einen gemeinsamen Ansatz für die IT-Sicherheit verfolgt. IT-Sicherheit kann nicht zentral, sondern muss dezentral gestaltet werden. Weil digitale Anwendungen und Dienste zunehmend an Bedeutung gewinnen und damit relevanter für Gesellschaft und Wirtschaft werden, ist dies im Sinne einer verbesserten Resilienz notwendig.

Leitlinien für ein vertrauenswürdiges, funktionierendes Internet

Die bisherigen Versuche der Politik, eine stringente, auf klaren Regeln und Prinzipien basierende Rechtsgestaltung und -durchsetzung im Internet zu entwickeln, stellen Internetwirtschaft und Nutzer:innen gleichermaßen vor eine Herausforderung. Aus Sicht der Internetwirtschaft besteht gerade mit Blick auf die anstehende Neuordnung des Rechtsrahmens und damit der digitalen Grundregeln auf europäischer Ebene vertiefter Diskussionsbedarf darüber, welche Prinzipien sich bewährt haben und welche Regeln konkretisiert werden müssen.

Das Notice- and-Take-Down-Prinzip ist Basis und Grundlage für die Rechtsdurchsetzung im Netz

Auf nationaler wie europäischer Ebene sollte die Fortentwicklung eines verlässlichen Rechtsrahmens für die Internetwirtschaft im Vordergrund stehen. Hierfür stellt das „Notice and Take Down“-Verfahren (NTD) eine solide Grundlage für die Rechtsdurchsetzung dar. Internetdiensteanbieter sind verpflichtet, rechtswidrige Inhalte zu entfernen, sobald sie von diesen Kenntnis erlangen. Durch die Unterstützung von Hotlines wie der eco Beschwerdestelle werden rechtswidrige Inhalte im In- und Ausland in kürzester Zeit gelöscht. Dieses Verfahren ist wesentlich effektiver als die immer wieder geforderten Netzsperrern.

Unternehmen in Europa stehen zunehmend vor der Herausforderung unterschiedlicher Regulierungsansätze in den verschiedenen Mitgliedsstaaten. EU-weit geltende, einheitliche Regelungen mit klaren Zuordnungen von Verantwortlichkeiten sind Voraussetzung für

ein Funktionieren des digitalen Binnenmarktes. Beim Digital Services Act sollte sichergestellt werden, dass die Zuordnung von Verantwortlichkeiten und die Haftungsregeln sowie das Verbot von allgemeinen Überwachungspflichten übernommen und beibehalten werden. Begrifflichkeiten wie „illegale Inhalte“ oder „legale, aber unerwünschte Inhalte“ müssen klar abgegrenzt und rechtssicher definiert werden. Auch strikte zeitliche Vorgaben zur Löschung von Inhalten sind kontraproduktiv.

Der Staat muss die Strafverfolgung sicherstellen und die Verantwortung für die Rechtsdurchsetzung im Netz übernehmen. Hoheitliche Aufgaben sollten nicht auf private Unternehmen verlagert werden

Internetdiensteanbieter vermehrt in die originäre Rolle der Justiz zu drängen, kann nicht der richtige Weg sein. Es bedarf auch eines entsprechend technisch sowie finanziell ausgestatteten

Justiz- und Exekutivapparates. Hier müssen bestehende Defizite beseitigt und für eine effektive sowie nachhaltige Strafverfolgung gesorgt werden. Es darf nicht allein den Internetdiensteanbietern obliegen, die Verantwortlichkeit für die Rechtsdurchsetzung zu übernehmen. Dies gilt insbesondere für proaktive Meldepflichten von Netzwerkbetreibern. Die kontinuierliche Verlagerung der Rechtsdurchsetzung auf private Anbieter ist problematisch. Hier muss der Staat seinen Gestaltungsanspruch wahrnehmen und seinem Hoheitsanspruch durch Rechtsdurchsetzung und Strafverfolgung nachkommen.

Das Urheberrecht braucht ein Upgrade auf das digitale Zeitalter

Die Digitalisierung stellt das Urheberrecht vor eine Herausforderung. Die nach wie vor bestehende Fragmentierung des Urheberrechts muss kritisch hinterfragt werden. Unterschiedliche Schutzfristen, divergierende Anwendungsbereiche und abweichende Ausnahmeregelungen in den Mitgliedsstaaten stellen Internetdiensteanbieter und KMU vor eine enorme Herausforderung. Damit einher geht auch ein Akzeptanzproblem der Nutzer:innen. Mit der gestiegenen Nutzung des Internets und der Verbreitung digitaler Dienste sind die Berührungspunkte der Bürger:innen mit dem Urheberrecht, sei es im sozialen, privaten oder beruflichen Kontext, erheblich gestiegen. Der aktuelle Status quo des Urheberrechts entfernt sich immer mehr von den Lebenswirklichkeiten. Auch Filterrege-

lungen oder antiquierte Leistungsschutzrechte verdeutlichen, dass ein Umdenken im Sinne der Internetnutzer:innen sowie der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft stattfinden muss: Wir brauchen ein digitaltaugliches Update des Urheberrechts, das einen fairen Interessenausgleich zwischen Urhebern, Nutzer:innen und Unternehmen schafft.

Auch Nutzer:innen müssen Verantwortung übernehmen und ein Bewusstsein für Recht und Unrecht im Netz entwickeln

Internet- und Digitalwirtschaft plädieren aufgrund der allgemeinen und europaweiten Bedeutung für die Entwicklung gemeinsamer Standards zur Bekämpfung von Desinformation, Hatespeech und Hetze auf europäischer Ebene. Grundsätzlich sollte der Gesetzgeber Initiativen zur Nutzeraufklärung – insbesondere über geltende Rechte und Pflichten im digitalen Raum – intensiver fördern und sein Engagement zur Aufklärung über Nutzung digitaler Medien – zum Beispiel durch Maßnahmen zur digitalen Bildung und Ethik – intensivieren.

Nachhaltige Internetwirtschaft im offenen Wettbewerb

Digitale Technologien haben in klassischen Wirtschaftssegmenten für Strukturwandel und Disruption gesorgt sowie neue Geschäftsmodelle geschaffen. Dies stellt oft etablierte Industrien ebenso wie die Politik vor Herausforderungen, auf die mit Regulierung reagiert wird. Gleichzeitig wirft grenzübergreifendes Agieren digitaler Unternehmen die Frage nach einer angemessenen Besteuerung auf. Und immer häufiger kommt auch die Frage auf, inwieweit digitale Technologien einen Beitrag zu einer ökologischeren Gestaltung der Wirtschaft leisten können.

○ Nachhaltigkeitspotenziale digitaler Technologien für den Klimawandel nutzen

Digitale Technologien werden maßgeblich zur Erreichung der Klimaziele beitragen, wenn vorhandene Innovationspotenziale konsequent genutzt werden. Um die Nachhaltigkeitspotenziale digitaler Technologien auszuschöpfen, bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes. Voraussetzung dafür ist ein funktionierendes digitales Ökosystem aus energieeffizienten Rechenzentren, cloudbasierten Anwendungen, einem flächendeckend ausgebauten Gigabitnetz, einem raschen Ausbau der 5G-Netze und energieeffizient programmierter Software. Eine nachhaltige und klimaneutrale Digitalisierung kann aber nur mit politischer Unterstützung gelingen. Hierzu bedarf es eines politisch gesteuerten Ausstiegs aus fossilen Energieträgern in Deutschland, des konsequenten Ausbaus erneuerbarer Energien, der Ermöglichung der systematischen Abwärmennutzung von Rechenzentren, eines flächendeckenden Ausbaus von Gigabitinfrastrukturen und des Einsatzes von 5G-Technologien.

○ Einheitliche und konsistente Regelungen und Besteuerung für alle Unternehmen und Geschäftsmodelle

Regulierungsansätze nach dem Prinzip „one size fits all“ haben bislang zu keinen praktikablen Rechtsvorschriften für digitale Unternehmen und Geschäftsmodelle geführt. Zur Besteuerung digitaler Unternehmen, Produkte und Dienstleistungen besteht die Notwendigkeit für ein kohärentes internationales Regelwerk, auf dessen Grundlage keine Sondersteuern erhoben und die Risiken der Doppelbesteuerung minimiert werden. Weiter sollte eine Gleichstellung analoger und digitaler Geschäftsmodelle erfolgen. Aus diesem Grund ist die Erarbeitung eines gemeinsamen und international vereinbarten Besteuerungsrahmens für Erträge aus digitalen Geschäftsmodellen unter Mithilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ein zielführender Ansatz, der weiterverfolgt werden sollte.

○ Wir brauchen einen modernen und wettbewerbsfähigen Rechtsrahmen für digitale Geschäftsmodelle, der Innovationen und Investitionen ermöglicht

Die Bundesregierung sollte die Möglichkeiten für einen weiteren Bürokratieabbau überprüfen. Parallel zu Förderprogrammen sollte eine Verbesserung der rechtlichen Situation für Investoren, aber auch der Gründer und Unternehmer weiter gestärkt werden. Um die Abwanderung in Deutschland gegründeter Unternehmen und nationaler Innovationen zu verhindern, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden. Im Vordergrund sollten dabei innovations- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen stehen. Auch die 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sollte noch einmal kritisch dahingehend überprüft werden. Die Bundesregierung sollte sich in die weiteren Verhandlungen zum europäischen Digital Markets Act (DMA) einbringen. Hierbei sollte das Ziel verfolgt werden, einen harmonisierten, verbindlichen und verhältnismäßig ausgestalteten Wettbewerbsrahmen für digitale Geschäftsmodelle zu etablieren. Rechtssicherheiten und damit verbundene negative Effekte auf Innovation und Wachstum sollten vermieden werden.

Die Bedeutung von Daten für Gesellschaft und Wirtschaft

Im digitalen Zeitalter tragen Daten maßgeblich zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen wie des demografischen Wandels oder der Energiewende bei. Smart Cities, vernetzte Mobilität und die Digitalisierung des Gesundheitswesens geben einen Ausblick auf die wachsende Bedeutung von Daten. Durch die Digitalisierung hat die Diskussion um den Umgang mit Daten, insbesondere mit personenbezogenen Daten, neue Impulse erfahren. Im Vordergrund stehen dabei Fragen nach dem Umgang personenbezogener Daten, die eng mit dem Bereich der persönlichen Lebensgestaltung verknüpft sind. Auch die Frage, welche Daten für Bürger:innen und Unternehmen zugänglich gemacht werden sollten, muss diskutiert werden.

○ **Konsistente und einheitliche Datenschutzregeln für alle Beteiligten**

Der Datenschutz bleibt für die Politik auch nach der Verabschiedung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ein zentrales Thema der Digitalisierung. Datenschutzregeln sollten möglichst einheitlich angewandt werden und für alle Beteiligten nachvollziehbar, transparent und auch praktikabel sein. Die bisherige prohibitive Datenschutzaufsicht muss durch eine klare proaktive Unterstützung durch die Datenschutzbehörden erweitert und ergänzt werden. Die Konsistenz der Datenschutzregulierung stellt weiterhin die zentrale Herausforderung dar. Die Überlegungen im Rahmen einer ePrivacy-Verordnung können den Rahmen der Datenschutzgrundverordnung weiter konkretisieren und praktikabel fortentwickeln. Zugleich geben die Diskussionen aber auch Anlass zu der Sorge, dass sich damit bereits bestehende Unklarheiten und Unsicherheiten für Bürger:innen, Un-

ternehmen, Dienstbetreiber sowie-entwickler noch weiter verstärken werden. Es besteht die Gefahr, dass bestehende Prinzipien weitgehend ausgehebelt werden und eine Sonderregulierung für digitale Dienste und Produkte geschaffen wird. Datenschutzregeln sollten transparent, nachvollziehbar, fair und verhältnismäßig sein und für alle Marktteilnehmer gleichermaßen gelten.

○ **Zugang zu Daten für Bürger:innen, Unternehmen und Verwaltung sollte durch klare Erlaubnistatbestände geklärt werden**

Mit der Datenschutzgrundverordnung wurde ein solider und strenger Regulierungsrahmen gesetzt, der die Verarbeitung von Daten einschränkt und so auch die Rechte von Bürger:innen auf Privatsphäre schützt. Daneben bedarf es der Entwicklung von weiteren Ansätzen für die intelligente Nutzung von Daten sowie deren

sicheren und rechtskonformen Verwendung. Hierzu zählt der Einsatz von Basistechnologien wie KI-basierten Systemen, eines innovativen Datenmanagements sowie verteilter Datensysteme. Hier sind die Gesetzgeber in Deutschland und Europa genauso gefragt. Damit die Entwicklung digitaler Technologien rechtssicher voranschreiten kann, bedarf es klarer Erlaubnistatbestände, die im Rahmen des europäischen und deutschen Datenschutzrechts entsprechende Maßstäbe setzen.

Eine digitale Gesellschaft: vernetzt, demokratisch und souverän

Die Digitalisierung wirkt als Katalysator des gesellschaftlichen Wandels. Sie wird unsere Lebensweise grundlegend prägen, bestimmen und letztlich verändern. Um diesen tiefgreifenden Wandel positiv zu gestalten, müssen Lösungswege für Politik, Unternehmen und die Bürger:innen gefunden werden. Jetzt geht es darum, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, um die Lebensqualität zu verbessern und den Wohlstand zu erhalten.

○ Der Zugang zu digitaler Bildung in allen Stufen des Bildungssystems und während aller Phasen des Bildungsweges ist eine grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung der Arbeitswelt

Um möglichst viel Teilhabe an den neuen Arbeitsformen einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt zu realisieren, bedarf es eines Bildungssystems, das dem Prinzip des lebenslangen Lernens Rechnung trägt und dabei das Lehren und Lernen über digitale Medien und digitale Technologien auf allen Stufen des Bildungssystems etabliert. Ein breites und leicht zugängliches Angebot zur Vermittlung digitaler Kompetenzen in allen Bereichen schulischen Lernens, ein durchlässiges Bildungssystem und die zusätzliche Förderung der individuellen Weiterbildung runden das Bild eines zukunftsfähigen Bildungswesens ab. Um die Innovationskraft der deutschen Volkswirtschaft und die Bereitstellung geeigneter Fachkräfte langfristig zu sichern, müssen IT-Kenntnisse und Grundlagen der Informatik vermittelt werden.

○ Die Digitalisierung eröffnet zusätzliche Möglichkeiten für mehr Chancengerechtigkeit und Diversität

Die Digitalisierung eröffnet Möglichkeiten für eine chancenorientierte und diverse Arbeitswelt sowie die Teilhabe von Bewerbergruppen, die bislang am Arbeitsmarkt unterrepräsentiert sind. Durch die Digitalisierung und Vernetzung entstehen neue und andere Arbeitswelten. Damit das Engagement und die Bemühungen der Politik und Wirtschaft für mehr weibliche Fach- und Führungskräfte weiter ausgebaut werden können, müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie die Weiterentwicklung der Karrierechancen von Frauen ermöglichen. Gleichzeitig gilt es, auch zugewanderten Fachkräften am Arbeitsmarkt die Chancen der digitalen Arbeitswelt zu eröffnen. Nicht zuletzt ermöglichen digitale Arbeitsprozesse und die dank der Automatisierung sinkende Bedeutung physisch belastender Arbeitsschritte den Einsatz von körperlich beeinträchtigten und älteren Menschen.

○ Neue sich verändernde Arbeitswelten erfordern flexible Rahmenbedingungen

Der Trend zum digitalen und vernetzten Arbeiten wird sich fortsetzen. Viele Unternehmen, möchten ihren Mitarbeiter:innen hybride Arbeitsmodelle, mehr Flexibilität und Unabhängigkeit ermöglichen. Hierzu braucht es eine Gesetzgebung, die die Gegebenheiten der digitalen Arbeitswelt aufgreift und die Interessen von Arbeitgeber:innen und Beschäftigten berücksichtigt. Dabei geht es um die Erfordernisse des mobilen Arbeitens bei gleichzeitiger Wahrung von Arbeitsschutz und Arbeitsgesundheit. Flexibilität, die Möglichkeit zeit- und ortsunabhängig arbeiten zu können, Homeoffice und mobiles Arbeiten werden die Arbeitswelt von morgen prägen. Die Gesetzgebung muss an die neuen Gegebenheiten der flexibleren Arbeitswelt angepasst werden und einen rechtssicheren Rahmen für mobiles Arbeiten setzen.

○ Kompetenzen und Umgang mit digitalen Technologien und Informationen sind ein zentraler Baustein einer digitalen Gesellschaft

Damit Menschen in Zukunft digitale Technologien souverän beherrschen, bedarf es einer umfassenden Stärkung der Aus- und Weiterbildung von Medien- und der IT-Kompetenz von Beginn an. Ein systemübergreifendes Angebot für digitale Bildung ist daher unerlässlich. Schüler:innen, beginnend mit dem Grundschulalter, müssen Schritt für Schritt in die Lage versetzt

werden, Informationen zu be- und verarbeiten. Das Bildungssystem in Deutschland braucht eine digitale Transformation. Schüler:innen und Lehrkräfte benötigen digitale Lernplattformen und vor allem ein Lern- und Bildungskonzept, das Homeschooling ermöglicht. Neben Investitionen in moderne Informations- und Kommunikationstechnologie sollten verstärkt auch der Unterricht und das Lehrpersonal in den Fokus genommen werden.

○ Staat und Verwaltung müssen aktiv zu einer digitalen Gesellschaft beitragen

Modernes E-Government sowie eine forcierte Digitalisierung des Pflegebereichs und des Gesundheitswesens sind entscheidende Faktoren für einen flächendeckend handlungsfähigen Staat und eine angemessen versorgte Gesellschaft – auch in Krisenzeiten. Die öffentliche Verwaltung, Ämter und Behörden müssen eine Vorreiterrolle bei der Digitalisierung übernehmen. Über Ausschreibungs- und Vergabeprozesse können zusätzliche Impulse gesetzt werden. Die Stärkung und Förderung der Entwicklung von Standards für sichere digitale Identitäten stellt hier neben der Entwicklung und Bereitstellung offener Standards für Verwaltungsanwendungen einen bedeutenden Faktor für eine konsequente und erfolgreiche Digitalisierung dar.

eco Hauptstadtbüro

Sie wollen mehr über unsere Thesen und Handlungsempfehlungen für ein Netz mit Verantwortung erfahren? Jetzt die Langversion der Internetpolitischen Agenda lesen:



*QR-Code scannen
und mehr erfahren!*

Bei Fragen zu politischen und regulatorischen Themen steht Ihnen unser Berliner Hauptstadtbüro gern zur Verfügung. Hier erfahren Sie mehr über unser Team:

go.eco.de/team-berlin

eco – Verband der Internetwirtschaft e.V.

Hauptstadtbüro

Französische Straße 48

10117 Berlin

Tel: 030 20 21 56 7-0

Fax: 030 20 21 56 7-11

E-Mail: berlin@eco.de

www.eco.de

Geschäftsführer: Harald A. Summa & Alexander Rabe